

ten oder parteifeindlichen Elementen nicht ausgeschlossen wurde, sondern daß man sich um eine solche klare Entscheidung gedrückt und diese Elemente in den Kandidatenstand zurückversetzt oder in einigen Fällen Streichungen beschlossen hat, wo das nicht zulässig war . . . Wir können nicht zulassen, daß wir die Parteüberprüfung durchführen, aber nach der Beendigung beginnen, die Schuffe aus der Partei zu entfernen. Das muß jetzt geschehen!\*

Aus dem Schlußwort des Genossen Walter Ulbricht auf der 5. ZK-Tagung.

Dieses Zurückweichen vor klaren Entscheidungen macht sich bei einem großen Teil unsere Kommissionen bemerkbar. Obwohl oftmals ihre Beurteilungen und Protokolle eindeutig Beschlüsse nach Punkt III und IV verlangen, beschließen sie, das Mitgliedsbuch auszuhändigen oder diese Elemente in den Kandidatenstand zurückzusetzen.

Besonders stark tritt das Versöhnertum bei den Sonderkommissionen in Erscheinung. Die Sonderkommission zur Überprüfung der Landesregierung Sachsen hatte z.B. bei etwa 700 Überprüfungen lediglich drei Ausschlüsse beschlossen.

Oder: Eine Sonderkommission der Landeskommission Sachsen überprüft die Parteimitglieder auf einer Gewerkschaftsschule. Unter anderen kommt auch eine Genossin zur Überprüfung, die 1946 der LDP beitrug, nach einigen Monaten zur SED überwechselte, dann wiederum zur LDP zurückkehrte, um dann 1949 nochmals in die SED einzutreten. Sie stammt aus einer kleinbürgerlichen Familie, ist nazistisch erzogen und hat demzufolge keinerlei Klassenbewußtsein und Parteiverbundenheit. Ihre politische Entwicklung ergab sich teilweise aus ihren Männerbekanntschaften, teilweise aus karrieristischen Bestrebungen. Diese Männerbekanntschaften brachten sie mit einem Agenten des Ostbüros in Verbindung, der sie aber bei seiner Flucht nach dem Westen in Stich gelassen hatte. Bei der Überprüfung machte sie einen unehrlichen Eindruck und suchte die Kommission zu täuschen.

Trotz all dieser Momente beschloß die Kommission die Zurückversetzung in den Kandidatenstand. Dieser Beschluß wurde zwar nach einer nochmaligen Überprüfung durch die Landeskommission in einen Ausschluß verwandelt, zeigt aber trotzdem, wie unsere Kommissionen oftmals vor klaren Entscheidungen zurückweichen.

Ähnliche Ergebnisse werden von fast allen Sonderkommissionen berichtet. Das ist besonders gefährlich, wenn man bedenkt, daß diese Sonderkommissionen die Parteiorganisationen in den Verwaltungen und Massenorganisationen zu überprüfen haben, wo das Karrieristentum erfahrungsgemäß stärker als in den Produktionsbetrieben auftritt, wo der Klassenfeind immer wieder Agenten unterzubringen versucht.

Um diese Tendenz des Versöhnertums bei allen Kommissionen schnellstens zu überwinden, sollten sich die Kreis- und Landeskommissionen mit folgenden Aufgaben beschäftigen:

1. Es ist notwendig, die Grundkommissionen besser als bisher anzuleiten und an Hand ihrer falschen Entscheidungen zu erziehen.

2. Es ist notwendig, daß die Kreis- und Landeskommissionen eine systematische Anleitung und genaue Kontrolle über ihre Sonderkommissionen ausüben.

3. Es ist notwendig, mit Hilfe der Presse einige der falschen Entscheidungen zu veröffentlichen, damit die gesamte Partei daraus lernt.

4. Es ist notwendig, in einigen Grund- und Sonderkommissionen, die besonders stark mit Versöhnertum behaftet sind, personelle Veränderungen vorzunehmen.

\*

Mit der Überwindung des Versöhnertums, mit der Korrektur der falschen Entscheidungen bei Arbeitern, mit der verstärkten ideologischen Auswertung der Überprüfung wird es uns gelingen, den Beschluß des Zentralkomitees vom 26./27. Oktober 1950 so durchzuführen, wie es im Interesse der Partei und der vor ihr stehenden Aufgaben notwendig ist. Das Zentralkomitee hat auf seiner fünften Tagung die nötigen Schlußfolgerungen aus dem bisherigen Stand der Überprüfung gezogen und konkrete Hinweise zur Verbesserung der Arbeit gegeben. Jetzt kommt es darauf an, die gesamte Partei mit diesen Hinweisen und Schlußfolgerungen vertraut zu machen, um sie in der täglichen Parteiarbeit und bei der Überprüfung auswerten zu können.

# Tfirmoi Wtf spon

äer Om Opiumsm

Aus dem Schlußwort auf der 5. Tagung des ZK am 16. März 1951

Genossinnen und Genossen!

Der Entwurf des Beschlusses, der dem Zentralkomitee zur Annahme vorliegt, bedeutet eine Wendung in der Entwicklung der Sportbewegung. Er stellt allen Parteiorganisationen eine wichtige Aufgabe und legt dem Deutschen Sportausschuß und seinen Organen eine sehr hohe Verantwortung auf. Denn in diesem Beschluß wird gesagt, daß der Deutsche Sportausschuß für die Leitung der Sportbewegung, für die wissenschaftliche Arbeit auf allen Gebieten der Körperkultur verantwortlich ist. Das ist eine so umfassende Aufgabe, daß es sehr großer Anstrengungen bedarf, um diese Aufgabe in möglichst weitgehendem Maße schon in diesem Jahre zu lösen.

Im allgemeinen Training, bei den Wettkämpfen mit Mannschaften aus der Sowjetunion, den Volksdemokratien und auch aus Westdeutschland haben die Sportfreunde unserer Republik die Erkenntnis gewonnen, daß sie zwar auf einigen Gebieten vorwärtsgekommen, auf anderen aber sehr weit zurück sind und daß sie noch sehr viel lernen müssen. Diese Erkenntnis ist deshalb sehr wichtig, damit die Überheblichkeit verschwindet, die bisher bei manchen unserer Sportfreunde vorhanden war, die glaubten, daß sie schon wunder welche Leistungen vollbringen, und damit bei unseren Sportlern eine reale Einschätzung ihres eigenen Könnens Platz greift und sie dazu übergehen, die wissenschaftlichen Erfahrungen, die in der Sowjetunion erarbeitet wurden, bei uns systematisch anzuwenden. Das allein ist die Voraussetzung dafür, hohe Leistungen zu erreichen und auch zu einer breiten Volkssportbewegung zu kommen.

Die wissenschaftliche Arbeit muß systematisch durchgeführt werden. Wir haben einen Bericht der Parteiorganisation der Hochschule für Körperkultur erhalten, in dem sehr große Mängel in der wissenschaftlichen Arbeit und auf allen Gebieten der Arbeit an dieser Hochschule aufgezeigt werden, Mängel, die in kürzester Frist beseitigt werden müssen.

Notwendig ist aber auch, daß die verschiedenen Organe des Deutschen Sportausschusses, z. B. die Abteilung, die für die Produktion von Sportgeräten verantwortlich ist, zu einer planmäßigen, organisierten Arbeit übergehen. Bisher haben wir eine ganze Menge von Sportgeräten aus den Volksdemokratien bezogen. Die Sportgeräte müssen aber in Zukunft bei uns selber produziert werden. Wir haben dafür genügend Produktionskapazität frei. Der Sportausschuß muß nur ausarbeiten, wie die Sportgeräte nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten beschaffen sein müssen. Die Produktion muß ja nicht nur in volkseigenen Betrieben erfolgen; auch Privatbetriebe haben genügend Kapazität frei, dort soll man zur systematischen Produktion guter Sportgeräte übergehen. Es darf jedenfalls nicht Vorkommen, daß bei Meisterschaften, wie bei den Pioniermeisterschaften und FDJ-Meisterschaften, die Mannschaften mit Sportgeräten ausgerüstet sind, über die man nur lachen kann, so daß man das Eishockeyspiel dreimal unterbrechen muß, weil der Torwart der einen Mannschaft keine richtigen Schlittschuhe hat und immer wieder seine Schraubendampfer andreht. (Heiterkeit.) Das ist lächerlich. Wenn bei uns keine Produktionsmöglichkeiten wären, könnte man es noch hinnehmen. Aber fünf Kilometer von diesem Ort entfernt ist eine Fabrik, in der man schon früher Schlittschuhe hergestellt hat. Wir können es nur nicht organisieren. Die Genossen in der Sportleitung müßten sich doch schämen, daß bei uns überhaupt so etwas passiert. Das brauchte nicht zu sein! Also, Genossen, die Produktion von Sportgeräten systematisch organisieren! Die Möglichkeiten, die wir haben, ausnutzen, richtig planen! Dann wird die Sache schon gehen. Man kann aber nicht einfach die Forderung stellen, aus dem Auslande Sportgeräte einzuführen. Wir werden einige Geräte einführen, die wir als Muster brauchen, und unsere Produktion muß systematisch beginnen. Wir dürfen die Dinge nicht mehr einfach so hinnehmen, wie das teilweise bisher geschah.